

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg - Drucksache 17/521

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

1. dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg vorzulegen, der den Gesetzentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Drucksache 17/521 - um die Implementierung einer Wasserstoffzukunftstrategie für Baden-Württemberg ergänzt, die:
 - a. einen besonderen Fokus auf den Verkehrssektor legt,
 - b. Leitlinien für die Sicherung der Versorgung, Verteilung und Anwendung von Wasserstoff beschreibt,
 - c. in der europäischen und nationalen Wasserstoffstrategie vorgegebenen Grundsätze für Baden-Württemberg konkretisiert,
 - d. für den Hochlauf neben grünem Wasserstoff auch auf CO₂-neutralen blauen und türkisen Wasserstoff aus Erdgas setzt, bei dessen Herstellung der enthaltene Kohlenstoff gespeichert werden kann,
 - e. die regelmäßige Erfassung und das Monitoring regionaler Bedarfsprognosen sowie die Förderung von Investitionen der öffentlichen Hand und privater Akteure in wasserstoffbasierte Technologien und Infrastruktur sicherstellt,
 - f. den Aufbau und den Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur, die Erzeugung, Nutzung und Verteilung von Wasserstoff sowie diesbezügliche Forschung voranbringt und
 - g. alle Maßnahmen im Sinne der Absätze a bis f unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie Akzeptanz umsetzt;
2. sich auf nationaler und auf europäischer Ebene für internationale Partnerschaften zum Import von CO₂-neutralem Wasserstoff einzusetzen und dabei Technologieoffenheit sicherzustellen.

15.09.2021

Dr. Rülke, Bonath, Karrais, Hoher und Fraktion

Begründung

Zu 1:

Für die FDP/DVP-Fraktion steht fest, dass Klimaschutz nur im Dreiklang gelingt: den CO₂-Ausstoß senken, den Industriestandort Baden-Württemberg erhalten, die Bezahlbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger und

die Wirtschaft sichern. Die FDP/DVP-Fraktion versteht Klimaschutz deshalb als Innovationstreiber. Investitionen in den Klimaschutz unterstützen die Modernisierung des Wirtschaftsstandortes und tragen zu Innovationen, zu mehr Lebensqualität und zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung bei.

Voraussetzung für eine treibhausgasneutrale Gesellschaft ist aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion die Nutzung von perspektivisch ausschließlich aus erneuerbaren Energien produzierten Energieträgern und Rohstoffen, wie Wasserstoff. Wasserstoff hat Klimaschutzpotenzial in nahezu allen relevanten Bereichen beispielsweise als Speichertechnologie für Wind- und Sonnenenergie oder zum Ersatz fossiler Brennstoffe in der Industrie. Eingesetzt in eine Brennstoffzelle können mit Wasserstoff Gebäude beheizt und Fahrzeuge angetrieben werden. Weiterverarbeitet zu synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) ermöglicht Wasserstoff den Ersatz von erdölbasiertem Diesel, Benzin und Kerosin in Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr wie in der Luftfahrt. Die Wasserstoffstrategie für ein klimaneutrales Europa der Europäischen Union avisiert einen wettbewerbsfähigen EU-Wasserstoffmarkt mit grenzüberschreitenden Handel ab 2030, daher ist die Vorbereitung der hiesigen Infrastrukturen und Nachfrage entscheidend. Darauf aufbauend ist in einem weiteren Schritt ein zügiger Markthochlauf nötig. Als Anreiz dafür müssen enorme Mengen des Energieträgers bereitgestellt werden. Dies ist nur möglich, wenn für die Produktion alle klimaneutralen Herstellungsverfahren berücksichtigt werden. Für den Hochlauf von Wasserstoff muss daher kurz- bis mittelfristig neben grünem Wasserstoff auch auf CO₂-neutralen blauen Wasserstoff und türkisen Wasserstoff aus Erdgas gesetzt werden. Nur die Produktion von grünem Wasserstoff wird kurz- und mittelfristig den Bedarf nicht decken können. Da in den kommenden Jahren in vielen Unternehmen zukunftsweisende Investitionsentscheidungen getroffen werden, ist nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion aus klimapolitischer Sicht fahrlässig, dieses Potential nicht zu nutzen.

Zu 2:

International variieren die Wasserstoffstrategien der einzelnen Länder zum Teil erheblich. Länder in südlichen Regionen, die erneuerbaren Strom und damit grünen Wasserstoff potenziell günstig erzeugen können, wollen künftig größere Mengen in Staaten mit hohem Bedarf, aber geringerem Erzeugungspotenzial exportieren. Asien und Europa scheinen den Fokus derzeit mehr auf die Nachfrage zu legen, um zum Beispiel CO₂-intensive Sektoren wie Industrie und Verkehr zu dekarbonisieren. Demgegenüber konzentrieren sich Ländern im Nahen Osten und Nordafrika stärker auf das Angebot. In Australien, Chile und verschiedenen afrikanischen Staaten etwa werden die Herstellungskosten deutlich niedriger sein als in den dicht besiedelten Gebieten Europas oder Asiens. Immer wichtiger werden deshalb Wasserstoff-Energiepartnerschaften, wie sie Deutschland in der jüngeren Vergangenheit zum Beispiel mit Marokko und Australien geschlossen hat. Die FDP/DVP-Fraktion ist der Auffassung, dass eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit in der Wasserstoffwirtschaft das jeweilige Wirtschaftswachstum der Partnerländer ankurbeln und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen kann. Wasserstoffprojekte, zum Beispiel aus Solarenergie an günstigen Produktionsstandorten in Südeuropa, können helfen, wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der EU zu mindern. Das wird insbesondere für die Zeit nach COVID-19 sehr wichtig, um die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen.